

Das braucht die Schule jetzt!

07.09.2013 | 18:04 | Von Stefan Thomas Hopmann (Die Presse)

Ja, das österreichische Schulsystem gehört zu den teuersten der Welt. Doch die verbreitete Mär von den faulen, überbezahlten Lehrkräften ist schlicht falsch. Das Dienstrecht ist nur ein Baustein dieser Zwangsneurose im Bildungssystem.

Diese Woche sind die Sommerferien in Ostösterreich zu Ende gegangen. Unsere Lehrerinnen und Lehrer sind gut erholt aus ihren überlangen Ferien zurück in ihrem überbezahlten Halbtagsjob, den sie unmotiviert und schlampert erledigen. So muss es wohl sein, wenn man den öffentlichen Kommentaren glauben darf, die es in den letzten Wochen zu den Verhandlungen zum Lehrerdienstrecht gegeben hat. Zwei Stunden mehr Unterricht sollten da ja wohl kein Problem sein!

Man wundert sich nur, dass wir gleichzeitig von Lehrermangel hören. Bei einem so „coolen Job“ müssten die jungen Leute doch Schlange stehen, um in dieses Arbeitnehmerparadies zu gelangen. Anders als in vielen anderen Ländern tun sie das bei uns aber nicht. Im Gegenteil: In manchen Fächern wird der jetzt in Ausbildung stehende Nachwuchs auf Jahre hinaus nicht ausreichen, die Reihen zu schließen. Warum nur?

Eine einfache Lösung wäre, die Arbeitszeit der Lehrkräfte zu verlängern, um die Lücken dadurch zu stopfen. Darauf scheint jedenfalls unsere gegenwärtige Regierung zu setzen. Dieses Ziel ist ihr so wichtig, dass ausgerechnet eine sozialdemokratisch geführte Regierung droht, Verhandlungen mit Gewerkschaften per Gesetz auszuhebeln. Der gleiche Bundeskanzler, der ansonsten im Wahlkampf verspricht, gegen überlange Arbeitszeiten zu kämpfen, hätte anscheinend kein Problem damit, den Lehrkräften mehr Arbeitszeit aufzubrummen, wobei es hier nicht um zwei, sondern in Wirklichkeit um bis zu zehn Arbeitsstunden pro Woche geht.

Gewerkschaften schweigen. Obwohl hier ein schwer erkämpftes Recht auf Tarifpartnerschaft massiv bedroht wird, verhalten sich die Gewerkschaften merkwürdig ruhig. Vom Gewerkschaftsbund kommt fast gar keine Reaktion, von den Lehrgewerkschaften nur verhaltener Protest. Die dänischen Lehrerinnen und Lehrer haben in einer vergleichbaren Situation vor wenigen Monaten wochenlang gestreikt. Hier ist nichts dergleichen zu hören. Vielleicht haben die Gewerkschaften angesichts der veröffentlichten Meinung einfach resigniert? Oder wollen die Gewerkschaftsspitzen im Wahlkampf ihre jeweiligen Parteifreunde nicht stören?

Fakten unerwünscht. Dabei hätten die Gewerkschaften gute Gründe, auf die Barrikaden zu gehen. Natürlich gibt es auch unter Lehrkräften wie in allen Berufen solche, die im falschen Metier gelandet sind. Aber die verbreitete Mär von den faulen Lehrkräften ist schlicht falsch. Österreichische Lehrkräfte sind im Durchschnitt weder überbezahlt noch unterbeschäftigt. Sie sind sogar – anders als in anderen Ländern – unterbezahlt im Vergleich zu anderen akademisch ausgebildeten Arbeitskräften. Überbeschäftigt sind österreichische Lehrerinnen und Lehrer zudem mit Aufgaben, die mit Unterricht wenig oder gar nichts zu tun haben.

Man kann nicht einfach Unterrichtsstunden zusammenzählen, sondern muss auch einrechnen, was an technischen und organisatorischen Aufgaben, Betreuung und pädagogischer Hilfe darüber hinaus geleistet wird. Dafür gibt es nämlich in Österreich fast keine Unterstützung. Auch mit dem bislang vage in Aussicht gestellten Zusatzpersonal würde Österreich immer noch zu den Schlusslichtern in Europa gehören. Über die daraus tatsächlich resultierende

Arbeitsbelastung kann man auch deswegen ausgiebig streiten, weil die Regierung die Teilnahme an der heurigen internationalen Vergleichsstudie zur Lehrerverarbeit untersagt hat. Fakten sind unerwünscht.

Die Dienstrechtsverhandlungen sind jedoch an beiden Partnern gescheitert. Keine Seite war ernsthaft bereit, ein zielführendes Modell der Arbeitsteilung an Schulen zu ermöglichen. Solche Modelle gibt es zuhauf. Sie erlauben Ländern wie Finnland, Kanada oder Norwegen, mit ähnlichem Budget mehr Unterricht und bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Die Frage muss demnach sein, warum es den Beteiligten nicht gelingt, über ihren Schatten zu springen. Dafür gibt es in der historischen Entwicklung des österreichischen Schulsystems verwurzelte Gründe.

Schule wie zu Maria Theresias Zeiten. Im Wesentlichen organisieren wir Schule hierzulande immer noch wie zu Maria Theresias Zeiten, nämlich als geschlossene Anstalt, in der Staatsbedienstete und Schulpflichtige „wie ein eiserner Aff“ (Nestroy) Dienst nach Vorschrift leisten sollen. Allfällige Folgeschäden konnten bislang in aller Regel mit zusätzlichen Ressourcen zugedeckt werden. Das geht jetzt nicht mehr, obwohl die Leistungs- und Integrationsfähigkeit der Anstalt massiv infrage gestellt ist. Denn das österreichische Schulwesen gehört schon jetzt zu den teuersten der Welt. Also versucht man, durch noch mehr Vorschriften mehr Gegenleistung zu erzwingen. Vom Pflichtkindergarten bis zur Bildungspflicht ist die Logik immer die gleiche: Unterstellt wird, dass die Beteiligten – Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Eltern – weniger leisten, als man von ihnen füglich erwarten darf. Da sie scheinbar freiwillig nicht dazu bereit sind, die erforderliche Leistung zu erbringen, muss man sie eben dazu zwingen. Das Dienstrecht ist nur ein Baustein dieser Zwangsneurose.

Die Lösung? Autonomie! Wenn man dagegen fragt, wie es anderen Bildungssystemen gelingt, mit weniger Ressourcen mehr zu erreichen, dann gibt es darauf sogar eine klare Antwort: Autonomie. In einem Land wie Finnland haben alle Bildungseinrichtungen vom Kindergarten bis zur Lehrerbildung die Freiheit, ihre Arbeit in eigener Verantwortung zu gestalten. Zwar gibt es lockere Rahmenregelungen, aber weder staatliche Dauerbevormundung noch ein Kontrollregime mit Tests, Rankings und anderen Druckmitteln. Schule wird in die lokale Verantwortung übergeben: Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Eltern und das soziale Umfeld arbeiten zusammen. Lehrkräfte können sich mehr auf den Unterricht konzentrieren, weil sie durch pädagogisches und technisches Personal unterstützt werden. Wo die Ergebnisse nicht stimmen, wird nicht gedroht, sondern mit zusätzlichen Ressourcen gezielt gefördert.

So viel Selbstständigkeit ist für im Absolutismus geschulte Geister ein schierer Gräuel. Dann doch lieber immer komplexere Steuerungsinstrumente erfinden wie zum Beispiel ein Dienstrecht, das zunächst nur für einen Teil, erst nach einiger Zeit und nur unter bestimmten Bedingungen gilt. Da kann man noch jahrelang vor sich hin verhandeln! Wie es sich für eine feudale Einrichtung gehört, kann man ja als Ersatz für wirkliche Verbesserungen den Anwesenden neue Titel verleihen. Also dürfen sich dann alle Lehrkräfte in Zukunft Professoren nennen, auch wenn das allenfalls ironisch gemeint sein dürfte.

Scheingefecht Gesamtschule. Außerdem kann man sich gleich wieder auf bewährte andere Scheingefechte stürzen wie den beliebten Streit um die Gesamtschule, deren Einführung ja nach jüngstem Bekenntnis von Bundesministerin Schmied alle diese Maßnahmen dienen. Oder wie wäre es mit ein paar Euromillionen für Ganztagschulen auch dort, wo sie von den Beteiligten weder erwünscht noch benötigt sind? Es gibt keinerlei empirische Belege dafür, dass durch solche Übergriffe allein eines der versprochenen Ziele – schon gar nicht mehr Bildungsgerechtigkeit – erzielt werden kann. Man steuert eben blind von oben, was unten

angeblich aus dem Ruder läuft. Hauptsache, alle Macht bleibt oben! Allfällige Misserfolge können dann wieder den Lehrkräften (ersatzweise auch den Schülerinnen und Schülern oder ihren Eltern) zugeschrieben werden. Auch das ist seit Langem bewährt.

Wundert sich da noch jemand, warum es aufgeweckte junge Leute nicht massenweise in den Schuldienst zieht? Wer will schon in ewiger Bevormundung leben? Wer liebt es, in der Öffentlichkeit permanent als Versager dargestellt zu werden?

Wir sollten jenen Lehrkräften dankbar sein, die ab morgen trotz zum Volkssport gewordenen Lehrerbashings die Ärmel aufkrepeln und versuchen, guten Unterricht zu geben. Die Vorschriften ignorieren und lieber ihre Schülerinnen und Schüler ernst nehmen. Die schon längst Professoren sind, ob sie so genannt werden oder nicht, weil sie sich zu ihrem Lehrersein bekennen. „Professor“ kommt nämlich vom lateinischen „profiteor“, sich aus freien Stücken zu etwas bekennen.

Das braucht die Schule jetzt!

Stefan Thomas Hopmann,

geb. 1954 in Deutschland, ist seit 2005 Universitätsprofessor für Bildungswissenschaften in Wien. Er forscht insbesondere über Schul- und Qualitätsentwicklung in Bildungs- und anderen sozialen Systemen.